

Biblioteka
U. M. K.
Toruń

206809

Zeitfragen deutscher Kultur

Heft 1

Die Not Ostpreußens

von Freiherrn von Gayl

Bevollmächtigtem der Provinz Ostpreußen zum
Reichsrat.

Mitglied des Preußischen Staatsrats.

*

herausgegeben im Auftrage der Gesellschaft der Berliner
Freunde der Deutschen Akademie
von Professor Dr. Fritz Behrend



Pl. 145.

Schone dieses Buch!

In Papier einschlagen!

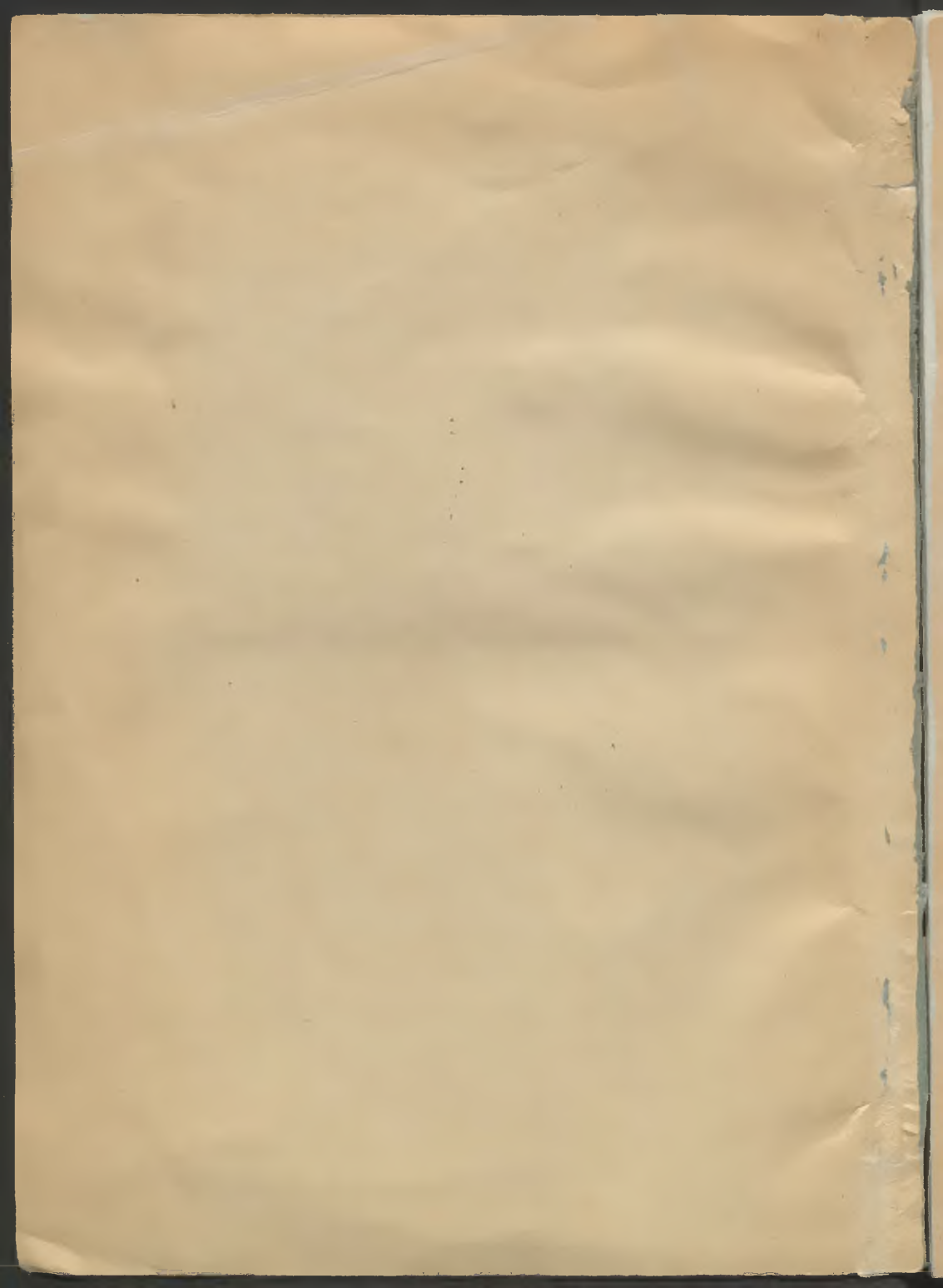
Keine Flecke machen!

Nicht weiter verleihen!

Rechtzeitig zurückgeben!

Anderer

wollen es auch lesen!



Zeitfragen deutscher Kultur

Heft 1

Die Not Ostpreußens

von Freiherrn von Gayl

Bevollmächtigtem der Provinz Ostpreußen zum
Reichsrat.

Mitglied des Preußischen Staatsrats.



Herausgegeben
im Auftrage der Gesellschaft der Berliner
Freunde der Deutschen Akademie
von Professor Dr. Fritz Behrend

Wilhelm Gründler Buch- und Kunstverlag
Berlin SW 68

ZUM GELEIT

der Zeitfragen deutscher Kultur.

Wollen die „Berlinischen Forschungen“ aus neuen Quellen geschöpft, in allgemein verständlicher Form, den Märkern und insonderheit den Berlinern die Freude an altem geistigen Besitz stärken, so wenden sich die Zeitfragen bewußt an das gesamte Deutschland. Aus berufener Feder werden, durchaus überparteilich brennende Fragen unseres Vaterlands behandelt werden, von denen jeder Deutsche Kenntnis haben muß. Mögen die leicht beschwingten Hefte in reichem Maße dem deutschen Gedanken dienen!

Der Herausgeber.

Berlin, im September 1929.

206.809



AUS DEM INHALT

1. Teil

Die Not Ostpreußens im Licht der Geschichte

S. 9 — 25

2. Teil

Die wirtschaftliche Not

S. 26 — 43

3. Teil

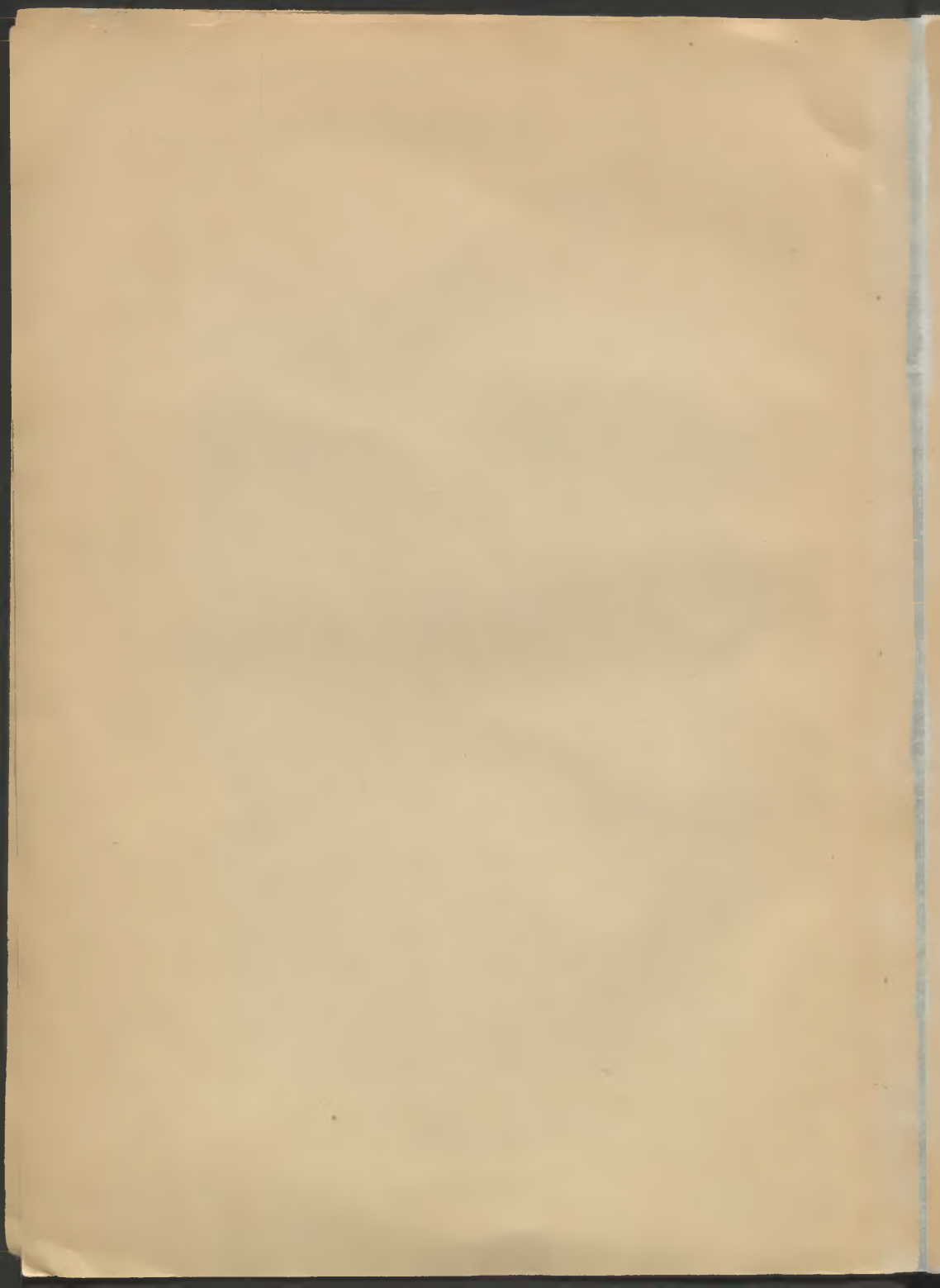
Die kulturelle Not

S. 44 — 51

4. Teil

Die seelische Not

S. 52 — 56



Königsberg/Pr. im Mai 1929.

VORWORT.

In knappen Worten soll Ostpreußens Not beschrieben werden. Der Raum gestattete keine eingehenden Darlegungen, sondern zwang dazu, in groben Strichen zu schildern, wie Ostpreußen durch seine Lage und die Erfüllung seiner geschichtlichen Aufgabe gegenüber dem Deutschtum von jeher ein Land der Not war und bleiben wird. Gegenüber der Darlegung der wirtschaftlichen, kulturellen und seelischen Not, in der die Ostpreußen heute leben, ist dem geschichtlichen Teil dieser Arbeit ein breiterer Raum gewährt. Das war notwendig, um dem Leser zu zeigen, wie Ostpreußen entstand und was es im Laufe der wechselvollen Geschichte unseres Volks für das Deutschtum gewesen ist und bleiben soll.

Bewußt ist auf die Einfügung großen Zahlenstoffs verzichtet, damit in fließenderer Darlegung dem Leser Entwicklung und Tatsachen nähergebracht werden konnten. Wer das vielleicht als Mangel empfindet, sei auf eigenes Studium verwiesen. Die Hauptsache war, durch diese Darlegungen dem gebildeten deutschen Leser Ostpreußens Not nahezubringen und ihm einen Begriff davon zu geben, daß Ostpreußens Schicksal deutsches Schicksal ist!

Der Verfasser.

Alle Rechte vorbehalten

Druck: Buch- und Kunstdruckerei Hermann Wendt G. m. b. H., Berlin SW 68

I. Teil.

Die Not Ostpreußens im Lichte der Geschichte

Ostpreußens Geschichte ist „eine Geschichte des Ruhmes, aber auch des Elends“ schrieb 1913 der Königsberger Historiker Adalbert Bezzenberger. Diese wenigen Worte enthalten viel. Seit im Frühjahr 1231 der Landmeister Hermann Balk an der Spitze des Ordensheeres die Weichsel überschritt und die Eroberung Ostpreußens begann, ist die Geschichte dieses Landes erfüllt von Krieg und Not bis auf den heutigen Tag. Zweimal ist bereits durch schmachvollen Friedensschluß die Verbindung Ostpreußens mit dem „Reich“ zerrissen worden, von 1466 bis zur ersten Teilung Polens am 5. August 1772 und durch das Friedensdiktat von Versailles am 19. Januar 1920. Die wechselvolle Geschichte Ostpreußens zeigt, daß die Entstehung und das Leben dieses deutschen Landes eigenartig und wenig vergleichbar mit den Schicksalen anderer deutscher Gebiete gewesen sind und bleiben werden.

Ostpreußen war in vorgeschichtlicher Zeit bereits germanischer Besitzstand. Als das Land zuerst durch die Bekanntschaft der alten Welt mit der bernersteinspendenden Küste des Samlands in das

Licht der Geschichte trat, war es wahrscheinlich von gotischen Stämmen besetzt. In der Völkerwanderung sind später Stämme nachgeflutet, deren Ursprung dunkel geblieben ist. Zum erstenmal wird gegen Ende des zehnten Jahrhunderts das Volk der „Pruzen“ oder „Preußen“ genannt, dem das Gebiet seinen Namen verdankt. Erst vom Jahre 1230 an wird das Preußenland in weiteren Kreisen des deutschen Volkes bekannt, als auf Grund des kaiserlichen Privilegs von 1226, der päpstlichen Verleihung und der Schenkungsurkunden polnischer Teilfürsten von Masovien der Hochmeister des deutschen Ritterordens, Hermann von Salza sich entschloß, am Ufer der Weichsel festen Fuß zu fassen und von dort aus einen Heerzug ins Preußenland anzutreten.

Diese Tat war kein planloser Kreuzzug im Sinne des mittelalterlichen Missionsgedankens, sondern ein sorgfältig vorbereiteter staatsmännischer Entschluß. Hermann von Salza wollte bewußt seinem heimatlos gewordenen Orden eine Stätte bereiten und einen neuartigen Staat gründen, wie ihn das Mittelalter vielleicht nur im Dogat zu Venedig und im päpstlichen Kirchenstaat zu Rom kannte.

Der Willensakt des seiner Zeit weit voraus-eilenden Hochmeisters wuchs sich zur ersten großen, nachhaltigen Tat des gesamten deutschen Volkes aus, als der Orden das eroberte Land mit Einwanderern aus allen deutschen Stämmen besiedelte. Bisher war die Ausdehnung deutschen Volksraums nach Osten eine Reihe von Taten einzelner Stammesherrzöge und ihrer Gefolgschaft gewesen. Auf dem Boden des Preußenlandes mischte sich zum erstenmal das Blut aller deutschen Stämme zur Schaffung eines neuen Volksstammes eigener Art.

So entstand inmitten des Mittelalters ein neuer deutscher Staat eigener Prägung, von Kaiser und Reich nur wenig gestützt, in der Hauptsache auf die Kraft des eigenen Schwerts und seiner diplomatischen Geschicklichkeit gestellt, in dem der Gedanke des Dienens am unpersönlichen Staat, aus dem mönchischen Charakter des Ordens entspringend, seine erste Stätte im deutschen Volksbewußtsein gefunden hat.

Die Tat des Ordens, verbunden mit der des deutschen Volkes bei der Besiedlung des Preußenlandes ist von weltgeschichtlicher Bedeutung. Wäre sie nicht geschehen, so würden heute Deutschland und Westeuropa ihre Ostgrenze an der Oder finden. Hätte sich nicht seit der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts in fast jedem folgenden Jahrhundert an dem „Hafendamm, verwegen hinausgebaut von deutschen Ufern in die wilde See der Völker“, der Ansturm der östlichen Völkermassen gebrochen, so trüge das Antlitz Osteuropas bis zur Oder heute asiatisch-mongolische Züge und die römisch-katholische, westeuropäische Kultur hätte niemals ihren Besitzstand bis an die Grenzen des heutigen Sowjetrußlands erobern und erhalten können. In dem Charakter Ostpreußens als wellenbrechender Hafendamm liegt die Ursache seiner Geschichte des Ruhmes, aber auch seines Elends. Diese Tatsache ist beherzigenswert für jeden, der an Ostpreußens Schicksal Anteil nimmt, und sie sollte Ausgangspunkt jeder Betrachtung sein, welche sich mit der Lage dieses Landes beschäftigt. Auf dieser Tatsache beruht die Bedeutung Ostpreußens in Vergangenheit und Gegenwart für das gesamte deutsche Volkstum.

In dreihundertjährigem, glänzendem Aufstieg schuf der Orden aus Ostpreußen ein deutsches Land,

in dem von der Ackerfurche bis zum Städtebau und zum ragenden Ordensschloß zu Marienburg jede Spur menschlicher Arbeit die Merkmale deutscher Art trägt. Den Zeiten des Glanzes folgten für den Orden hundert Jahre schweren Kampfes um den Bestand seiner Großtat. In diesen Abschnitt fallen die unglückliche Schlacht bei Tannenberg, die weiteren schweren Kämpfe mit den Polen, welche dieses erbitterte Ringen nicht durch eigene Kraft, sondern durch die Uneinigkeit und den Verrat Deutscher gewannen und der Verlust Westpreußens, der die Verbindung mit dem Reiche zerriß. Schließlich kam Ostpreußen vorübergehend ganz unter polnische Lehnshoheit.

Nach der Säkularisation unter Herzog Albrecht von Brandenburg begann langsam die Festigung der inneren Kraft Ostpreußens. Durch den Anfall an Brandenburg-Preußen ward die lebendige Verbindung mit Deutschland wieder hergestellt. Die überlegene Feldherrn- und Staatskunst des Großen Kurfürsten befreite Ostpreußen von dem Schicksal, Tummelplatz fremder Heere zu sein und von der polnischen Oberhoheit. Preußen ward nunmehr ein wesentlicher Bestandteil des preußischen Staats, dem es den Namen gab. Der deutsche Charakter Ostpreußens war jetzt gesichert. Geist vom Geist des Ordensstaates in seinen besten Zeiten regierte nun wieder im Lande und versuchte in großer, staatspolitischer Form das aus tausend Wunden immer noch blutende Ostpreußen zu „retablieren“. Was der Krieg verschont hatte, war inzwischen durch die Pest fast vernichtet worden. Weite Flächen der Provinz waren wüst und entvölkert. Mit starker Hand setzte Friedrich Wilhelm I. die

Wiederbesiedlung und Bebauung durch. Salzburger, Niederdeutsche, Holländer und Hugenotten fanden hier eine neue Heimat. Sie gingen alle auf in dem einheitlichen Stamm der Ostpreußen und bereicherten seine Kräfte. Aber schon wieder betrat die Not die ostpreußischen Fluren, als in den wechselvollen Jahren des siebenjährigen Krieges die Russen sich der Provinz bemächtigten. Wichtiger als alle Verwaltungsmaßnahmen des großen Königs war für Ostpreußen jedoch der Wiedererwerb der vor dreihundert Jahren verlorenen westpreußischen Gebiete und Danzigs durch die erste Teilung Polens. Nun erst war außer dem deutschen Charakter auch der Bestand des deutschen Ostpreußens durch die breite Verbindung mit dem preußischen Staat und den Kerngebieten unseres Volkstums gesichert. Ostpreußen, das jahrhundertlang darnieder gelegen hatte, blühte seit dem Zeitalter Friedrichs des Großen auf. Aus der ostpreußischen Hauptstadt traten die Gedanken Immanuel Kants ihren Siegeszug durch Deutschland und die Welt an.

Nach den Schlachten von 1807, die wieder auf ostpreußischem Boden geschlagen wurden und nach der unerhörten Brandschatzung von 1812 durch die „Große Armee“ Napoleons erzwang von Ostpreußen ausgehend der deutsche Freiheitswille seinen Siegesweg. Ostpreußens Opfermut und Geist waren vorbildlich für das ganze deutsche Volk.

Den Freiheitskriegen folgte ein Menschenalter schwerer wirtschaftlicher Not. Erst ganz allmählich erholte sich Ostpreußen von den Wunden der napoleonischen Zeit in einem Jahrhundert äußerer und innerer Ruhe, bis am 1. August 1914 die ersten Zusammenstöße des Weltkriegs sich auf seinem blut-

getränkten Boden abspielten. Ostpreußen war wieder Kriegsschauplatz. Bis vor die Tore von Königsberg streiften Kosakenschwärme. Zeitweilig war die Bahnverbindung der Hauptstadt mit dem Reiche gefährdet. Es schien, als ob die Millionen Rußlands und Asiens endgültig Besitz von dem bedrohten Lande ergreifen sollten. Wieder mußte die Entscheidungsschlacht zwischen Westeuropa und Asien auf ostpreußischer Erde geschlagen werden. Die zweite Schlacht bei Tannenberg unter Hindenburgs Führung ward zur weltgeschichtlichen Siegesstunde des Deutschtums und wendete dieses Mal das Schicksal Ostpreußens glücklich. Aber 1500 Ortschaften, darunter 35 Städte, über 41 000 Gebäude sind in Ostpreußen von 1914 bis Ende 1915 in Flammen aufgegangen oder zerschossen worden! Mehr als eine halbe Million Flüchtlinge mußten damals Haus und Hof verlassen. An diesen Schäden krankt Ostpreußen heute noch, obwohl unter dankbar empfundener Mitwirkung aller Teile Deutschlands der Wiederaufbau trotz Krieg und Notzeit unter Leitung des Oberpräsidenten von Batocki überraschend schnell durchgeführt wurde. Die äußeren Kriegsfolgen sind heute beseitigt, neue, schmucke Städte, Dörfer und Höfe sind erstanden dank tatkräftiger Unterstützung des Reichs, des Staats und der freiwilligen Spenden weiter Kreise des ganzen Volks.

Auf Tannenberg folgte das Friedensdiktat von Versailles! Ostpreußen verlor durch Vergewaltigung des Willens der betroffenen Bevölkerungsteile Landstriche, die seit 600 Jahren zu ihm gehört hatten. Das Memelland mit 2451,9 qkm und 141274 Einwohnern fiel an das durch deutsche Waffentaten neuentstandene Litauen. Das Soldauerland mit

501,38 qkm und 25 000 Einwohnern wurde zu dem wieder errichteten Polen geschlagen. Von dem geraubten Westpreußen blieb links der Weichsel nur der heute Ostpreußen zugeteilte Regierungsbezirk Marienwerder mit rd. 3900 qkm und 244 000 Einwohnern. So ging 1919 abermals verloren, was am 5. August 1772 wieder hergestellt worden war. Nach rund eineinhalb Jahrhunderten ward die Landverbindung mit dem Reich zum zweiten Male zerrissen. Ostpreußen ist eine „deutsche Insel“ geworden.

Doch die neue Zeit „des Elends“ wurde wieder eine Zeit „des Ruhms“. Inmitten der ersten Bestürzung über die Bedingungen von Versailles gab Ostpreußen das erste Zeichen der Erhebung durch die Volksabstimmungen vom 11. Juli 1920.

Ununterrichtet über die wirkliche Lage und getäuscht von polnischen Behauptungen hatten die Siegermächte sich nicht mit der Wegnahme Danzigs, Posens und Westpreußens, des Memellandes und des Soldauergebiets begnügt. Sie erstrebten zugunsten Polens auch die Fortnahme des Restes von Westpreußen und der ostpreußischen Gebiete Ermland und Masuren, also des Regierungsbezirks Allenstein und des Kreises Oletzko (Bezirk Gumbinnen) unter der äußeren Form einer Volksabstimmung. Diese völlig ungerechtfertigte Entscheidung wurde mit der Behauptung begründet, daß diese Teile Ostpreußens von einer Bevölkerung polnischen Volkstums bewohnt seien, und daß dieser Gelegenheit gegeben werden müsse, über ihre künftige Zugehörigkeit zu Ostpreußen oder zu Polen selbst zu entscheiden. Zur Durchführung der Volksabstimmung erschienen Anfang Februar 1920 interalliierte Kommissionen in Allenstein und Marienwerder zur Uebernahme der

Regierungsgeschäfte unter dem Schutz englischer und italienischer Truppen. So war dieser Teil Ostpreußens zeitweilig wieder unter fremder Besatzung und Herrschaft.

Die Volksabstimmung endete anders als es ihre Väter sich gedacht hatten. Im Allensteiner Gebiet wurden 279 722 Stimmen für Deutschland und nur 1978 für Polen abgegeben. Als der Verfasser, damals Reichskommissar für das Abstimmungsgebiet, am Morgen nach dem Abstimmungstag der interalliierten Kommission das Ergebnis vorlegte, entfuhr dem italienischen Vertreter der erstaunte Ausruf: „Wo bleiben die Experten von Versailles!“

Auch im Bezirk Marienwerder stimmten 96 984 für Deutschland und nur 7947 für Polen! Es war trotz der heitern Sommerwochen, trotz des Festgepräges der entscheidenden Tage kein leichter Sieg. Als die erste Nachricht von der bevorstehenden Abstimmung den betroffenen Gebieten bekannt wurde, herrschte tiefe Niedergeschlagenheit. Ganz Deutschland lag am Boden und schien seine Kraft für immer verloren zu haben. Die Inflation hatte begonnen, die Wirtschaft lag darnieder. Damals waren es wenige Männer und Frauen, die den Kopf oben behielten und die ungerufen, ohne Amt und ohne Bestallung handelten. Aus dem Volke heraus entstanden als Abwehrorganisationen die „Heimattienste“ in Allenstein und Marienwerder. Der Hader der Klassen, Parteien und Bekenntnisse schwieg. Ein einmütiger Wille herrschte überall. Die französischen Mitglieder der Kommission ergriffen bald offen Partei für die Polen, die anderen Mächtevertreter hatten die Weisung, sich „wegen dem Stückchen Deutschland“ nicht mit Frankreich zu

überwerfen. An vielen Orten kam es zu Zusammenstößen, die bittere Folgen für die Deutschen hatten. Die Absperrung der Gebiete wurde streng gehandhabt. Sehr große Mittel rollten von Warschau aus durch's Land. Der Ausgang der Abstimmung an sich war nie zweifelhaft, aber die Wertung blieb ungewiß, da sie in der Hand der Botschafterkonferenz der Siegermächte zu Paris lag! In einmütigem Willen erfocht das ost- und westpreußische Volk am 11. Juli 1920 einen unblutigen, großen und entscheidenden Sieg. Trotzdem zogen die Feindmächte eine Grenze, deren Irrsinn jeder anerkennt, der mit offenen Augen unvoreingenommen die Dinge betrachtet. Vom Allensteiner Bezirk wurden nur einige Grenzdörfer zu Polen geschlagen. An der Weichsel im Bezirk Marienwerder aber ist das Recht völlig mit Füßen getreten. Die Grenzlinie wurde auf dem rechten Ufer so gezogen, daß Ostpreußen seinen im Vertrag von Versailles verbrieften freien Zugang zur Weichsel in Gestalt einer wenige Meter breiten Straße erhielt! An besonders gefährdeten Punkten hat Deutschland nicht einmal die Möglichkeit, den das Land schützenden Deich selbst zu unterhalten, so daß es bei Hochwassergefahr vom Willen und Können der Polen abhängt, ob deutsches Land geschützt bleibt oder nicht. An dieser neuen Grenze mit Polen brennen frische Wunden, die nicht vernarben können.

Fast unbeachtet von der deutschen Öffentlichkeit war in dieser Zeit noch eine neue Gefahr für Ostpreußen aufgetaucht. Während der Wirren nach der Staatsumwälzung, als in Ostpreußen die Ostheere zum Teil demobil machten, als die Abschnürung vom Reich durch den Abfall von Posen und das Vordringen der Polen in die Netzegegend allmählich



sich vollendete, standen die Spitzen der bolschewistischen Streitkräfte nur noch zwei Tagesmärsche von der ostpreußischen Grenze in Litauen. Ihr Vormarsch wurde von den vielberufenen „Baltikumern“ zum Stehen gebracht. Im nächsten Jahre während der Abstimmungszeit brach der russisch-polnische Krieg aus. Rings um Ostpreußen tobte der Kampf. Im Abstimmungsgebiet hörte man in den Grenzorten wieder das Krachen der Geschütze. 5000 Polen überschritten zunächst die Grenze und mußten im Abstimmungsgebiet interniert werden, ohne daß die interalliierte Kommission einen Finger rührte oder einen Mann ihrer Truppen einsetzte. Als das bolschewistische Heer an der Weichsel geschlagen zurückflutete, wurden rd. 70 000 Russen auf ostpreußischen Boden abgedrängt und im Lager von Arys bis zu ihrem Abtransport festgehalten. Die Behörden des Abstimmungsgebiets mußten mit Hilfe der Einwohner diese Aufgaben bewältigen, bis endlich im August 1920 das Gebiet wieder in deutsche Verwaltung übernommen und unter den Schutz der Reichswehr gestellt werden konnte. Zwischendurch hatten in Ostpreußen die Folgen des Kapp-Putsches überwunden werden müssen. So hatten sich in Ostpreußen die schweren Ereignisse in einer Zeit höchster Gefahr überstürzt, aber der Wille und die Einmütigkeit eines in seinem deutschen Leben bedrohten Volkes hatten alle Schwierigkeiten überwunden.

Wer unvoreingenommen den Leidensweg Ostpreußens vom Beginn seiner Geschichte bis heute auf sich wirken läßt, der wird zugestehen müssen, daß die 1913 rückblickend geschriebenen Worte Adalbert Bezzenbergers vom Wege des Ruhmes aber auch des Elends einen prophetischen Inhalt hatten.

Der Ausgang der Abstimmung hat die polnischen Wünsche und Ansprüche nicht zum Schweigen gebracht. Die Propaganda in der Welt und in Ostpreußen geht trotz der Niederlage vom 11. Juli 1920 weiter. Der „Westmarkenverein“ in Posen und der „Verein zur Errettung Masurens“ in Warschau sind die Träger des polnischen Willens. Ein großes Netz von Vereinen aller Art, von Warschau aus mit Richtlinien und Geld gefördert, breitet sich über Ostpreußen aus. Man darf die Wirksamkeit dieser Organisation nicht überschätzen, weil viele Einrichtungen auf dem Papier stehen und weil viel Geld auf dem langen Weg von Warschau bis zu den Stätten der örtlichen Arbeit an vielen bedürftigen Händen kleben bleibt. Aber es hieße Vogelstraußpolitik treiben, wollte man die Augen vor einer anderen Gefahr verschließen, die viel schwerer ist, als die national-polnische Propaganda, nämlich die Gefahr einer wirtschaftlichen Erdrosselung Ostpreußens durch die amtliche polnische Wirtschafts- und Verkehrspolitik. Kein anderer als der ehemalige polnische Generalkonsul in Königsberg Srokowski hat in offener Weise die amtlichen polnischen Pläne in einer Denkschrift enthüllt. Es verlohnt sich, ein paar charakteristische Sätze Srokowskis hier einzuflechten:

„Wenn Polen Ostpreußen in der Gewalt hätte, so würde es, ohne dieses Land zu entvölkern, zu einer unbesiegbaren Macht werden. Solange es in seiner unmittelbaren Nachbarschaft einen Herd des Unfriedens duldet, ist es einem Hause ähnlich, an dessen Ecke man eine Sprengbombe angebracht hat. In jedem Augen-

blick kann sie explodieren und nicht nur für unser Volk, sondern für die ganze Menschheit unübersehbare Schäden herbeiführen. Kein Opfer ist also zu groß, das man bringen müßte, um Ostpreußen auf diese oder jene Weise zu gewinnen, indem man es in den polnischen Herrschaftsbereich hineinzieht." Aus dieser Feststellung zieht Srokowski seine Schlüsse:

„Aus obiger Lage der Dinge ergibt sich tatsächlich eine ganze Reihe von Richtlinien für unsere Außenpolitik, insbesondere in Beziehung auf Ostpreußen. Aus verständlichen Gründen ist hier nicht die Gelegenheit, sie aufzuzählen. Fest steht jedenfalls, daß einerseits

- a) dahin gestrebt werden muß, daß Ostpreußen den Vorteil einsieht, den es von seiner Anlehnung an seinen polnischen Nachbarn hat, und andererseits
- b) in Europa und Amerika eine lebhaftere und unaufhörliche Aktion in der Presse und mit Hilfe von Broschüren entfaltet werden muß, die darüber Aufklärung geben soll, daß Ostpreußen eine Kolonie ist, die sich in den Schoß der ihr fremden slawisch-litauischen Welt hineingedrängt hat."

Der Pole fährt dann fort:

„In der Zukunft ist Ostpreußen wohl als ein politisch selbständiges Gebiet denkbar, nicht aber als ein sich selbst genügendes Wirtschaftsgebiet. Nur durch

die vollständige Trennung der Verwaltung Ostpreußens vom Reich können das Masurenland und die Gebiete, durch die die kürzeste Verbindung Danzigs mit Warschau führt, bei ihm verbleiben.“

In richtiger Beobachtung der Verhältnisse führt Srokowski weiter aus:

„Ostpreußen ist immer noch ein verhältnismäßig schwach besiedeltes Land und die Zahl der Bewohner hat sich, trotz des sehr großen Ueberschusses der Geburten über die Todesfälle, nicht entsprechend vermehrt.

Das abgetrennte Ostpreußen, von mehreren Seiten von fremden, übervölkerten Gebieten umschlossen, beginnt den Charakter eines Kolonisationsterains anzunehmen, eines Vakuums, in das in gewisser Beziehung mit Recht andere eintreten könnten. Wenn also von Ostpreußen der polnische Teil nicht abfallen kann, das uns rechtmäßigerweise gehörende Masurengebiet und dadurch mit einem Male die zahlenmäßige Gewalt des ostpreußischen Menschenblocks entlasten kann, der über unserem Haupte schwebt, so müßten wir mit allen Mitteln dieser Art Kolonisation entgegenwirken, die über unseren Köpfen hinweg hier an den Ufern der Ostsee sich zu diesem, dem Polentum feindlichen Elemente verdichtet.“

Mit klaren, dürren Worten spricht der amtliche polnische Vertreter zum Schlusse aus „Stufen-

weise gewinnt auch der Gedanke des deutsch-polnischen Kampfes um den pommerellen Korridor einen Charakter, und zwar den eines Kampfes um die Entwicklung und Bedeutung Ostpreußens“.

Diese Sätze umreißen in wenigen Worten die Not Ostpreußens in Gegenwart und absehbarer Zukunft. Polen hat die Bedeutung Ostpreußens für seine Zukunft erkannt und arbeitet planmäßig an der Vorbereitung seiner — je nach der Schicksalsstunde — kriegerrischen oder friedlichen Erwartung.

Ist das deutsche Volk in weiten Kreisen über die Gefahr unterrichtet, in der Ostpreußen lebt? Hat es einen so einmütigen Willen zur Erhaltung dieses Reichteils bisher gezeigt, wie ihn Polen zur Eroberung offenbart? Wer sachlich diese Frage prüft, muß sie verneinen.

Regierungsstellen, Parlamente, Kongresse, Wirtschaftsorganisationen und die Presse aller Richtungen haben Ostpreußen besucht und sich über seine Lage unterrichtet. Kluge und warmherzige Worte sind bei solchen Gelegenheiten gesprochen, Vorschläge und Programme sind ausgearbeitet, hohe Summen öffentlicher Gelder sind nach Ostpreußen geflossen. Von Ostpreußen aus sind viel Mühe, Arbeit und Geduld für eine nachhaltige Aufklärung verwendet worden. Aber wenn man heute die Schlußsumme aller dieser Bemühungen und Aufwendungen zieht, und der Verfasser glaubt sich dazu berechtigt, weil er als Gutachter für die Friedensverhandlungen als Abstimmungskommissar und als Reichsratsbevollmächtigter der Provinz den Dingen an den Brennpunkten im Reich und in Ostpreußen mehr als 10 Jahre nahe gestanden und ununterbrochen den

Kampf um die Anerkennung der Sonderlage seiner Heimat geführt hat, so bleibt das Ergebnis, daß dem deutschen Volke in seiner Gesamtheit die Not Ostpreußens heute noch innerlich fremd ist und daß von einem allgemeinen Opferwillen für Ostpreußen nicht die Rede sein kann. In diesen Worten liegt eine Feststellung von Tatsachen, keine Anklage gegen das deutsche Volk. Unter der Last des Frondienstes, den die Nation leisten muß, kreisen die Gedanken des Deutschen heute um die Fragen des täglichen Brots.

In Ostpreußen ist, trotz der dankbar empfundenen bisherigen Hilfen doch ein Gefühl der Bitterkeit vorhanden. Ueberall wurzelt tief im ostpreußischen Volk das Bewußtsein der eigenen Geschichte des Ruhmes und des Elends. In jedem Jahrhundert hat Ostpreußen auf Trümmern neu aufbauen müssen. Das Bewußtsein der eigenen Unverwüstlichkeit, der eigenen Schaffenskraft und des festen Willens zu einer deutschen Zukunft seines Landes sind bei den Ostpreußen verbunden mit einem tiefen Gefühl warmer und stolzer Heimatliebe. Der Ostpreuße scheint dabei manchmal Partikularist zu sein. Er fühlt sich innerlich aber unlöslich verbunden mit dem Reich und dem deutschen Volkstum. Als Glied dieser Gemeinschaft hat er durch Geschlechter schwere Opfer gebracht und tiefes Leid erduldet um seines Deutschtums willen. Er versteht daher nicht, daß ihm in vielen Volkskreisen nur eine gewisse wohlwollende Neugierde, eine oft erstaunliche Unkenntnis über seine Heimat und ihre Lage gezeigt wird. Er fühlt oft, wie wenig Verständnis für seine leidvolle Geschichte vorhanden ist. Das verbittert und treibt manchmal zu harten Worten, die wieder

ein ablehnendes Echo im Reiche auslösen. So kommt es zu Mißverständnissen hüben und drüben, die verschärft werden durch die parteipolitische Zerrissenheit unseres Volkes. Ostpreußen ist so deutsch, daß sich auch in ihm alle Bewegungen und Erscheinungen im Leben der Nation in vollem Umfange zeigen. Auch in Ostpreußen sind nach den Tagen des Burgfriedens in der Abstimmungszeit die Gegensätze der Klassen, Parteien und Bekenntnisse wieder lebendig. Dennoch herrscht letzten Endes, trotz mancher Meinungsverschiedenheit über Mittel und Wege, in Ostpreußen darüber volle Einigkeit, daß nur ein deutsches Leben lebenswert ist, und daß dieses Land auch unter Einsatz von Gut und Blut deutsch erhalten werden muß. Deutsches Glied des deutschen Volks und Reichs zu bleiben ist das Ziel aller Ostpreußen, die heute für ihre Heimat kämpfen.

Dieses Ziel kann nur erreicht werden, wenn die zweimal zerrissene Verbindung mit dem Reich endgültig wieder hergestellt und der sogenannte Korridor wieder beseitigt wird. Dem polnischen Streben nach Einverleibung Ostpreußens ist der deutsche Wille auf Beseitigung des Korridors entgegenzusetzen. Dieser Wille wird nur dann Erfüllung finden, wenn ein starkes, deutsches Ostpreußen erhalten bleibt und als nicht aus der Welt zu schaffendes Gewicht in der kommenden Schicksalsstunde Deutschlands in die Wagschale gelegt werden kann. Das deutsche Volk muß wissen, daß diese Schicksalsstunde nicht eine ostpreußische, sondern eine deutsche sein wird, und daß die Sache des gesamten deutschen Volkstums in ihr entschieden werden wird. Diese Erkenntnis zum Gemeingut der Nation zu machen, ist letzten Endes aller Aufklärungsarbeit für Ostpreußen vornehmstes Ziel.

Dieser kurze Abriß der leidvollen, ostpreußischen Geschichte wäre unvollständig, wenn er nicht abschliesse mit der knappen Feststellung, welche Folgen der Verlust Ostpreußens für das gesamte deutsche Volk haben müßte.

Geht Ostpreußen eines Tages dem Reich verloren, so wird die Oder die Grenze des deutschen Siedlungs- und Nahrungsraumes. Millionen Deutscher gehen verloren. Die Hoffnungen des östlichen Auslandsdeutschtums sind für immer vernichtet. Unsere Volkskraft verliert eine der wertvollsten und ergiebigsten Quellen für die Blutauffrischung der Großstädte und Industriemittelpunkte. Die deutsche Ostseestellung wird dahin sein und die Brücke nach dem Osten, über die unser Industrieexport geht, sich in fremder Hand befinden. Ein wertvoller Binnenmarkt, eine Kornkammer und eine Viehweide für unsere Ernährung werden verschwinden. Schließlich, aber nicht zuletzt, werden hohe deutsche Kulturgüter, die Heimat Immanuel Kants, das Land mit großer, deutscher Geschichte, entstanden und bisher erhalten durch gemeinsame Taten aller Deutschen, eine traurige Erinnerung sein. In Kürze gesagt, das deutsche Volk und sein Reich werden einen Schlag erhalten, von dem es keine Wiederherstellung mehr gibt.

Diese Folgen muß das deutsche Volk sich vor Augen halten, wenn es richtig handeln soll. Von dieser Erkenntnis der Deutschen hängt das Schicksal Ostpreußens ab, das gesamt-deutsches Schicksal ist. Das deutsche Ostpreußen, bisher erhalten in den Stürmen der Geschichte durch den zähen Willen seiner Bewohner, kann auf die Dauer nur gehalten werden, durch einmütigen Willen und opferbereite Kraft des gesamten deutschen Volks.

II. Teil.

Die wirtschaftliche Not Ostpreußens

Die wirtschaftlichen Verhältnisse eines Gebiets hängen wesentlich ab von seiner natürlichen Beschaffenheit, seiner wirtschafts-geographischen Lage und seinen politischen Verhältnissen. Ostpreußen ist arm an Bodenschätzen, deren industrielle Verwertung lohnend wäre. Die neuzeitliche Industrieentwicklung hat in ihm daher nur geringe Voraussetzungen und dementsprechend eine schwache Ausbreitung gefunden. Die Kohle, der Hauptbetriebsstoff, muß zu Lande aus Oberschlesien oder zur See aus dem Ruhrrevier und England, neuerdings in Form von Briketts aus dem mitteldeutschen Braunkohlenrevier bezogen werden. Die Wasserkräfte des Landes sind erst in jüngster Zeit zur Licht- und Kraftstromerzeugung herangezogen.

Ostpreußens Bewohner sind daher in der Hauptsache auf den Ackerbau und die Viehzucht als Haupterwerbsquellen angewiesen. Nur insoweit die Landwirtschaft Bedarf an Ackerbaugeräten und Werkstätten hat, konnte sich eine sehr bescheidene Industrie entwickeln. Die Versuche, eine Industrie größeren Maßstabs, Schiffsbau-, Lokomotiv- und Waggonfabriken zu betreiben und neuerdings die Kraftwagenherstellung haben sich als wenig rentabel

erwiesen, weil bei den weiten Bezugswegen für Rohstoffe und Halbfabrikate die Erzeugung in Ostpreußen teurer ist als in günstigeren Gegenden, deren Wettbewerb die ostpreußischen Betriebe schwer zu ertragen vermögen. Handwerk und Handel versorgen vornehmlich die Landwirtschaft. Nur in der Hafenstadt Königsberg fand ein lebhafter Umsatz von Holz, Getreide, Hülsenfrüchten und Flachs, in der Hauptsache also von Erzeugnissen der Ostpreußen nach Osten vorgelagerten Nachbargebiete statt.

So ist die Provinz ein reines Agrarland mit allen Vorzügen und Nachteilen eines solchen inmitten der großen industriellen Entwicklung Deutschlands geblieben. Alle anderen Erwerbszweige hängen in ihr auf Gedeih und Verderb mit der Landwirtschaft zusammen. Aber auch die Landwirtschaft arbeitet in Ostpreußen nicht unter günstigen Verhältnissen im Vergleich mit den landwirtschaftlichen Bedingungen anderer Teile Deutschlands. Der ostpreußische Boden ist im Durchschnitt brauchbar. Nur einige Kreise in Masuren zeigen dürftigen Sandboden und einige in der Mitte belegene Bezirke schwere Lehmböden. Im allgemeinen können alle Arten Getreide und Hackfrüchte in Ostpreußen angebaut werden. Wiesen und Weiden sind zahlreich vorhanden. Die Ausnutzung des Bodens wird aber wesentlich beeinträchtigt durch das Klima. Die Wachstumsperiode ist erheblich kürzer als im Reich durch die geringeren Durchschnittstemperaturen. Ostpreußen hat im Durchschnitt 128,6 Frosttage gegenüber 74,3 in Nordwestdeutschland. Die Sommerzeit bietet in Ostpreußen nur 153 Arbeitstage gegenüber 178 bis 210 im Reiche. Die Frühjahrsbestellung beginnt in der Regel Mitte April, die Herbstbestellung muß Ende

September beendet sein. Zwischen Mitte April und Ende September drängen sich die landwirtschaftlichen Arbeiten zusammen. Die Landwirtschaft braucht daher in Ostpreußen in dieser Zeit mehr Arbeitskräfte und Gespanne für die gleiche Flächeneinheit als im Reiche, während der lange Winter für das Mehr an Kräften keine ausreichende Beschäftigung bietet. In Ostpreußen kommen auf 100 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche 11,2, im Reich 7,7 Arbeitspferde. Die Mehrbelastung an Futter und Wartung erfordert 4,97 RM je Morgen genutzter Fläche. Der lange und harte Winter zwingt zu stärkeren Aufwendungen als im Reich für Bauten, deren Verzinsung und Abschreibung die Erzeugung wieder belastet. Die ostpreußische Landwirtschaft arbeitet daher infolge ihrer natürlichen Lebensbedingungen teurer, als die Landwirtschaft in den meisten Teilen des Reichs.

Zu diesen klimatischen Nachteilen kommen von jeher ungünstige Absatzverhältnisse. Die landwirtschaftlichen Erzeugnisse Ostpreußens werden nur zu einem Bruchteil von der heimischen Bevölkerung aufgenommen. Die Provinz führt Lebensmittel für 3 Millionen Menschen aus. Es fehlen für diese Mengen nahegelegene Märkte. Die ostpreußischen Erzeugnisse müssen daher erst einen weiten Weg vom Erzeuger zum Verbraucher zurücklegen. Die Transport- und Zwischenkosten gehen dabei zu Lasten des Erzeugers. Andererseits sind auch alle Gebrauchsgüter der Landwirtschaft von den Industriebrennpunkten bis zum landwirtschaftlichen Verbraucher durch hohe Transportkosten belastet. Auch diese Verhältnisse beeinflussen die Rentabilität der ostpreußischen Landwirtschaft ungünstig.

Die Nachteile, die sich aus Klima und Marktlage ergeben, beeinflussen alle Betriebsgrößen. Ostpreußen ist nicht, wie fälschlich immer wieder behauptet wird, ein Land der Großgrundbesitzer. Erst von 200 ha Fläche aufwärts kann man in Ostpreußen in der Regel vom „Großbetrieb“ sprechen. Er umfaßt nur 28 v. H. der landwirtschaftlich genutzten Fläche. Die kleinbäuerlichen Betriebe besitzen 25 v. H. der Fläche. Der Schwerpunkt liegt im mittelbäuerlichen Besitz.

Die Ungunst der Verhältnisse hat von jeher die Lebenshaltung der landwirtschaftlichen Bevölkerung aller Schichten unmittelbar und die der anderen Berufe mittelbar beeinflußt. Der starke Geburtenüberschuß Ostpreußens hat daher in der Heimat keine ausreichenden Nahrungsmöglichkeiten gefunden. Eine starke Abwanderung vom platten Lande Ostpreußens nach dem Westen und in die neuerblühenden Industriemittelpunkte ist daher seit Jahrzehnten zu beobachten. Von 1900 bis 1910 betrug der Wanderungsverlust 192 000, von 1910 bis 1925 rd. 112 000 Personen. Wenn man den Wanderungsverlust des platten Landes ganz Deutschlands betrachtet und die allgemeinen Ursachen der Landflucht auch für Ostpreußen mitgelten läßt, so bleibt die besondere Tatsache bestehen, daß in Ostpreußen der Mangel an ausreichenden Erwerbsmöglichkeiten die Menschen ganz besonders zum Abwandern veranlaßt hat. Ein rein agrarisches Land bietet, auch bei gesteigerter Intensität der Betriebe, nur einer durch die natürlichen Verhältnisse bedingten Menschenzahl ein auskömmliches Dasein. Daran ändert auch eine im großen betriebene Binnensiedlung wenig. Selbst wenn in Ostpreußen sämtliche

Großbetriebe in Ackernahrungen für Siedler umgewandelt würden, so wäre damit für die Versorgung des Geburtenüberschusses nur wenig gewonnen. Der Boden Ostpreußens ernährt eben nur eine bestimmte Anzahl Menschen, gleichviel, ob es sich um Groß- oder Kleinbetriebe handelt. Diese Feststellung beweist aber nicht, daß Siedeln in Ostpreußen bevölkerungspolitisch zwecklos wäre. Die Siedlung ersetzt vielmehr die jederzeit freizügigen und zum Abwandern leicht geneigten Arbeiterfamilien durch Haushaltungen, die mit der Scholle verwachsen sind. Selbst wenn die Siedlung keinen großen Zuwachs bringt, so ist sie dennoch durch die Bindung deutscher Menschen an eigenen Grund und Boden von höchstem Wert für die Erhaltung der deutschen Bevölkerung Ostpreußens und auf diese Erhaltung kommt es an.

Ostpreußens Schicksal wird es stets sein und bleiben, große Menschenmassen aufzuziehen und dann zur Blutauffrischung an die Großstädte unseres Vaterlandes abzugeben. Diese Aufgabe darf aber niemals ein Ausmaß annehmen, das den deutschen Bestand Ostpreußens gefährdet. Unter dem konzentrischen Druck seiner mißgünstigen Nachbarn kann Ostpreußen sich nur halten, wenn es soviel deutschen Menschen Arbeit und Nahrung gewährt, wie nach seinen natürlichen Bedingungen in ihm arbeiten und leben können. Das Problem Ostpreußens ist letzten Endes die Schaffung und Erhaltung von Lebensmöglichkeiten für möglichst viele deutsche Menschen unter erträglichen, hinter den wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnissen des Reichs nicht zurückbleibenden Bedingungen. Zur Zeit ist noch ein leises Anwachsen der Bevölkerung festzustellen. Um so

mehr muß diesem Zuwachs der Nahrungsraum erhalten und geschaffen werden.

Jede Maßnahme zur Erhaltung und Stärkung Ostpreußens muß nach Lage der Dinge bei der Landwirtschaft als der Haupterwerbsquelle der Bevölkerung einsetzen. Daneben sind die anderen Quellen zu stärken und wenn möglich durch Schaffung neuer Erwerbsgesellschaften zu ergänzen.

Daß die ostpreußische Landwirtschaft inmitten einer allgemeinen mitteleuropäischen Agrarkrise besonders leidet, ist bekannt. Ihre Unrentabilität ist in dem Rückgang der Einnahmen und in der Steigerung der Ausgaben begründet. Der Einnahmerückgang ist eine Folge der Tatsache, daß die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse hinter der Geldentwertung und dem Warenindex in Deutschland allgemein zurückgeblieben sind. Dazu kommen für Ostpreußen die besonderen Folgen des Friedensdiktats von Versailles. Ostpreußen hat in der Vorkriegszeit einen sehr großen Absatz nach seinen Nachbarprovinzen Posen und Westpreußen besessen. Durch die Abtretung dieser Gebiete an Polen hat Ostpreußen 94 bis 99 v. H. seines Verkehrs dorthin eingebüßt. Die ostpreußischen landwirtschaftlichen Erzeugnisse legen heute in ihrer Hauptmenge zum Absatzort einen erheblich weiteren Weg wie früher zurück. Man rechnet dabei mit einer Durchschnittsentfernung von rd. 700 km und hat festgestellt, daß Ostpreußen heute jährlich 14—15 Millionen RM. mehr an Frachten aufzubringen hat, als die Gegenden Deutschlands, welche durchschnittlich eine Entfernung von 200 km von ihren Absatzorten besitzen. Dazu kommen die tatsächlich immer noch vorhandenen Schwierigkeiten bei dem Durchgangsverkehr

durch den polnischen Korridor. Durch Reichshilfe ist die Frachtbelastung in der letzten Zeit zwar gemildert, aber nicht behoben. Ostpreußen wird stets infolge seiner Marktferne unter ungünstigerer Preisgestaltung zu leiden haben, als andere Gegenden Deutschlands.

Gegenüber der Tatsache der ungünstigen Einnahmen steht eine wesentliche Steigerung der Ausgaben. Sie ist begründet durch verschiedene Ursachen.

Die höheren Ausgaben für alle Bedarfsartikel sind bereits gestreift.

Die früher weit unter dem Reichsdurchschnitt liegenden Arbeitslöhne gleichen sich den Verhältnissen im übrigen Deutschland immer mehr an. Sie sind relativ zu hoch für die Landwirtschaft, aber absolut zu niedrig für den Arbeitnehmer. Da eine Erhöhung von den Betrieben nicht mehr getragen werden kann, so ist ihre Steigerung trotz guten Willens der Arbeitgeber nicht möglich. In diesem bedauerlichen Zustand liegt die Gefahr stärkerer Abwanderung.

Die Ausgabeseite der ostpreußischen Betriebe wird stark durch die öffentliche Abgaben belastet. Die Klage, daß die gesamte Wirtschaft Deutschlands überlastet sei, ist allgemein. In einem von der Natur und durch die politische Sonderlage ungünstig gestellten Gebiet muß sich diese Ueberlastung besonders auswirken. Infolge der ungünstigen Erwerbsmöglichkeiten ruht die öffentliche Belastung auf einer zu schmalen Grundlage.

Nach amtlicher Aufstellung sind in den ostpreußischen Landkreisen die Aufwendungen bei einem Vergleich der Ausgaben von 1913 mit denen von 1927 für Wohlfahrtspflege um 670%, für Wege-

unterhaltung um 118% und für Volksschulzwecke um 128% gestiegen. Dabei ist die Friedensmark von 1913 der Reichsmark von 1927 gegenübergestellt, während der Wertunterschied zwischen beiden etwa 50 v. H. beträgt. Die übrigen Zweige der öffentlichen Verwaltung sind in ähnlichem Ausmaß teurer geworden. Eine durch die örtliche Lage und die Folgen des Friedensdiktats von Versailles geschwächte Wirtschaft muß also erheblich gesteigerte Lasten tragen und diese Lasten ruhen auf Schultern, die mit fortschreitender Unrentabilität des Haupterwerbszweigs, der Landwirtschaft, immer schmäler werden. Der Ruf nach Senkung der Steuerlast und nach Herabsetzung der sozialen Abgaben wird daher immer lauter in der Provinz erhoben.

Ostpreußen fordert auf diesem Gebiet nicht unberechtigt Staatshilfe. In der deutschen Öffentlichkeit besteht vielfach die Auffassung, Ostpreußen sei stets ein Zuschußgebiet gewesen, das aus den Steuerüberschüssen anderer Gebiete unterhalten werden muß. Diese Auffassung ist dann richtig, wenn man das Gesamtaufkommen Ostpreußens an Reichs- und Staatssteuern mit den Ausgaben vergleicht, welche im Reichs- und Staatshaushalt für Ostpreußen gemacht werden, zuzüglich der in der Provinz verwendeten außerordentlichen Mittel. Wenn man aber die Aufwendungen heranzieht, die Ostpreußen in sich hat machen müssen, um die von 1900 bis 1925 in ihm geborenen und dann im kräftigsten Arbeitsalter abgewanderten 304 000 Menschen zu unterhalten und zu erziehen, dann kommt eine Milliardenabgabe Ostpreußens an das übrige Deutschland heraus. Rechnet man für jeden Abwanderer, den Ostpreußen an die Großstädte und

Industriemittelpunkte Deutschlands abgegeben hat, nur 14 Jahre Unterhalt und 8 Jahre Erziehung, ohne jede Verzinsung des aufgewendeten Kapitals und jährlich nur mit 365 RM. Unterhalt und 100 RM. Schulkosten, so kommen auf den Kopf des Abwanderers 6110 RM. Das bedeutet, bescheiden berechnet, einen Aufwand von 1857 Millionen RM. in 25 Jahren! Mit seinem fortgesetzten Blutopfer hat Ostpreußen alles, was es vom übrigen Deutschland an Zuschüssen empfangen hat und weiter empfangen wird, bereits mit Zinsen und Zinseszinsen weit überzahlt! Faßt man den Ausgleich zwischen Ostpreußen und dem Reich in diesem durchaus begründeten Sinne auf, so hat Ostpreußen sich wohl eine finanzielle Unterstützung ganz Deutschlands, besonders der Brennpunkte unseres Wirtschaftslebens, verdient.

Da die Einnahmen der ostpreußischen Betriebe die Ausgaben in der Regel nicht deckten und eine Folge schlechter Erntejahre die Verlustwirtschaft steigerte, so mußten die Fehlbeträge aus der Substanz gedeckt werden. Rückblickend wird man sagen müssen, daß es wirtschaftlich richtig gewesen wäre, unter diesen Verhältnissen die Betriebsunkosten durch Einschränkung in der Anwendung aller Mittel herabzusetzen, welche wie z. B. Kunstdünger, teure Auslandsfuttermittel usw. dazu dienen, den Betrieb intensiver zu gestalten. Diese Einschränkung hat in der Regel in Ostpreußen nicht stattgefunden. Die Betriebe sind vielmehr vielfach durch neue Kapitalaufwendungen intensiver gestaltet worden. Heute spricht man daher in der Öffentlichkeit von „Fehl-investitionen“ in der ostpreußischen Landwirtschaft und stellt fest, daß auf diese Weise eine Ueberschuldung herbeigeführt worden ist, die wenigstens

zum Teil hätte vermieden werden können, nachdem die Folgen der Inflation die Vorkriegsverschuldung auf etwa ein Viertel vermindert hatten. Die Richtigkeit dieses Urteils ist an sich nicht zu bestreiten. Die Kritiker übersehen aber, daß ein landwirtschaftlicher Betrieb sich erst in Jahren umstellen läßt und daß bei einer Umstellung von intensiver zu extensiver Wirtschaft Jahre hindurch Fehlbeträge großen Ausmaßes überwunden werden müssen, so daß zu einer solchen Umstellung ebenfalls erhebliches Betriebskapital gehört. Dazu kommt, daß Wissenschaft, amtliche Stellen und Berufsvertretungen, von ihrem Standpunkt aus wiederum mit Recht, die Landwirtschaft zur Steigerung ihrer Erzeugung dauernd aufgerufen und nach der Inflation zunächst durch Kreditgewährung angereizt haben. Diesem Aufruf sind viele große und kleine Landwirte Ostpreußens gefolgt, angetrieben von ihrem Pflichtgefühl gegenüber der deutschen Wirtschaft und angelockt durch die Hoffnung, die entstandenen Fehlbeträge ihrer Betriebe durch höhere Erträge auszugleichen. So hat denn die allgemeine Steigerung der Ausgaben verbunden mit der Erhöhung der Betriebsaufwendungen zwecks Intensivierung der Wirtschaft zu einer starken Kreditaufnahme und Kapitalinvestierung in der ostpreußischen Landwirtschaft geführt. Diese Entwicklung war um so verhängnisvoller, da die allgemeine Agrarkrise zunahm, schlechte Erntejahre an sich berechnete Hoffnungen nicht erfüllten, und da schließlich der Zinsfuß für Leihkapital sich nicht verminderte, sondern eine Höhe beibehielt, die von keiner gutgehenden Landwirtschaft ertragen werden kann. Diese hohen Zinsen konnten aus den laufenden Erträgen nicht gedeckt werden und wuchsen durch Zinseszinsen dem Schuldkapital zu,

so daß heute die geschuldeten Zinsen vielfach höher sind als das ursprünglich aufgenommene Kapital. Die Umwandlung der hochverzinslichen laufenden Schulden in günstigeren Realkredit wurde durch die Lage des Pfandbrief- und Hypothekenmarktes in Deutschland erschwert und nur mit großen Kursverlusten durchführbar. Auch der Realkredit war nur zu Zinsen erhältlich, welche die Landwirtschaft heute nicht herauswirtschaften kann. Es kam hinzu, daß der deutsche Kapitalmarkt, ebenso wie der ausländische, wenig Neigung hat, sich in Ostpreußen festzulegen, so daß die ungünstigsten Anleihen, die anderswo nicht begehrt wurden, ihren Weg in die Provinz fanden.

Die Verschuldung hat in Ostpreußen die Vorkriegverschuldung daher bereits erheblich überschritten, wenn man nicht die Schuldsummen, sondern die Belastung an Jahresleistungen aus der Schuld vergleicht. Die Verschuldungszahlen sind dauernd im Fluß, so daß es genügt hier die Tatsache festzulegen. Die Folgen der Ueberschuldung sind Rückgang der Wirtschaften und Zahlungseinstellungen gewesen. Wenn heute die Zahl der Zwangsversteigerungen trotz starker Zunahme der Anträge nach außen noch nicht in dem Umfange in Erscheinung getreten ist, der zu erwarten war, so liegt das daran, daß die Gläubiger sich vor dem Zugriff scheuen, weil in Ostpreußen keine Käufer für zwangsversteigerte Grundstücke vorhanden sind. Der Gütermarkt ist vollständig tot. Als Käufer tritt nur noch das provinzielle Siedlungsunternehmen auf, das im Jahre 1928 rund 15 000 ha für die Neusiedlungen von 1929 angekauft hat. Die geschilderte Lage schreckt Käufer ab nach Ostpreußen zu gehen. Eine starke

Vermehrung der Siedlungskäufe kann nur mit erheblichen Mitteln geschehen, deren Bereitstellung die Finanzlage Deutschlands verbietet.

Die ostpreußische Landwirtschaft ist heute in einer trostlosen Lage. Es muß ausdrücklich festgestellt werden, daß diese Lage nicht durch subjektives Verschulden der ostpreußischen Betriebsleiter entstanden ist, sondern durch eine Entwicklung, deren Ursachen man zwar rückblickend erkennen kann, inmitten der Entwicklung selbst aber noch nicht zu übersehen vermochte. Diese Lage drückt die Lebenshaltung der Betriebsinhaber aller Größenklassen, aber auch der landwirtschaftlichen Arbeitnehmer immer stärker herab. Die Kaufkraft der Landwirtschaft ist in einem Maße herabgesunken, daß sie das gesamte Wirtschaftsleben beeinträchtigt und in großem Umfange lahmlegt.

In den kleinen Städten und Marktflecken Ostpreußens leben Handel und Gewerbe, abgesehen von der Beamtschaft, ausschließlich von den landwirtschaftlichen Arbeitgebern und -nehmern. Sinkt deren Kaufkraft, so hört der Umsatz der Kaufleute und Handwerker auf. Die von ihnen zur Erhaltung der Kundschaft und des Umsatzes notgedrungen gewährten Kredite leiden Not, das Betriebskapital liegt fest und reicht nicht mehr aus. Verschuldung und Zusammenbrüche in den Städten und Dörfern, Betriebseinstellungen und Arbeitslosigkeit sind die Folge. Die gelernten und ungelernten Arbeiter wandern ab und stempeln heute lieber in Dortmund oder in Düsseldorf, als in Pillkallen oder Goldap. Der ländliche Zusammenbruch zieht den kleinstädtischen unweigerlich nach sich.

Aber nicht nur in den kleinen Marktorten, sondern auch in Königsberg und den anderen größeren Städten wirkt die Agrarkrise sich aus. Der Kleinhandel und das Handwerk der Provinz beziehen ihre Ware, Halbfabrikate und Rohstoffe aus diesen wenigen Handels- und Industriestädten. Jede Stockung in der Provinz wirkt auf den Umsatz der Betriebe in den größeren Städten und zeitigt dort dieselben Folgen. Handelsgeschäfte erliegen und Industrieunternehmungen müssen stillgelegt werden. Arbeitslosigkeit und Abwanderung treten ein.

Eine besondere Rolle spielen in Ostpreußen von jeher der Handel und die Industrie von Königsberg und Elbing. Soweit sie unabhängig sind von der Lage der Landwirtschaft sind sie von den Folgen des Friedensdiktats von Versailles und von der politischen Neugestaltung im Osten schwer betroffen.

Königsberg war ein Weltstapel- und Umschlagplatz für Holz, Hülsenfrüchte und Flachs. Der Königsberger Hafen ist seines Hinterlands Rußland, einmal durch die wirtschaftspolitischen Zustände in Rußland selbst, zum anderen durch die Errichtung der Randstaaten und Polens beraubt. Zielbewußt leitet Polen heute durch seine Tarifpolitik den Verkehr des uralten Königsberger Hinterlandes durch den Korridor über Danzig und neuerdings über seinen neugeschaffenen Hafen Gdingen. Der Königsberger alte und neue Hafen sind sehr still geworden. Das werteschaftende und menschennährende Königsberger Handelsgeschäft ist stark zurückgegangen. Auch die Königsberger Industrie leidet unter den obwaltenden Verhältnissen.

In Elbing wird die weltberühmte Schichauwerft mit ihren Nebenanlagen nur noch durch Reichshilfe erhalten. Auch die anderen bedeutenden Unter-

nehmungen dieser Stadt leiden Not unter ihrer Lage, die einen Wettbewerb nicht mehr gestattet und unter der mangelnden Kaufkraft der eigenen Provinz.

Die früher in der Hauptsache auf die Wälder Litauens und Polens eingestellte, ostpreußische Holzverarbeitungsindustrie hat ihre Zufuhrgebiete verloren, nachdem das polnische Holz seinen Weg nach Danzig und Gdingen nimmt und Litauen den Wasserweg des Njemen gegen Polen sperrt.

Im Wirtschaftsleben Ostpreußens sind die einzelnen Zweige eng miteinander verbunden. Jeder Zweig hat auf seine Art die Folgen des Versailler Diktats und der Randstaatenbildung spüren müssen. Alle sind sie unrentabel geworden und gehen allmählich in ihrer Erzeugung zurück. Diese Entwicklung trifft auch die heimischen Kreditinstitute und Genossenschaften. Bei der starken Verflechtung der Betriebe durch gegenseitige Haftungen und Wechselverbindlichkeiten reißt ein Zusammenbruch viele bisher noch lebensfähige Betriebe mit sich. Unter diesen Verhältnissen ist man berechtigt von einer schweren wirtschaftlichen Not Ostpreußens zu sprechen.

Die ostpreußische Wirtschaft und die Selbstverwaltungskörperschaften haben dieser Entwicklung nicht tatenlos zugesehen. Unter der Führung der ostpreußischen Landwirtschaftskammer, die das Glück hat unter der Leitung des Präsidenten Dr. h. c. Brandes zu stehen, der das höchste Vertrauen der ganzen deutschen Landwirtschaft und einen internationalen Ruf in Europa genießt, hat die Landwirtschaft auf den Gebieten der Verbesserung der Saaten und Anbaumethoden, der Grünlandwirtschaft, der Viehzucht, der Organisation des Ab-

satzes und der Standardisierung der Erzeugnisse beachtenswerte Einrichtungen trotz der Knappheit der Mittel geschaffen. Das ländliche Bildungswesen ist mit Staatshilfe ausgebaut und verbessert. Die Provinz, die Stadt- und Landkreise haben nach Kräften mitgearbeitet. Königsberg, Elbing, Tilsit und Marienburg haben ihre Häfen ausgebaut und verbessert. Mit großer Anstrengung und Opfern wird die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Rußland betrieben. Die bodenständigen Institute haben sich alle Mühe gegeben, die Wirtschaft der Provinz mit Kredit zu unterstützen und ihr über Krisen hinwegzuhelfen. Die Erfahrung des letzten Jahrzehnts hat aber gelehrt, daß Ostpreußen aus eigener Kraft sich nicht retten kann.

Deutschland steht heute vor der Frage, ob es Ostpreußen erhalten will oder nicht. Es hat keinen Zweck mehr, den Kopf in den Sand zu stecken. Unsere mißgünstigen und nach Ostpreußen begehrlischen Nachbarn kennen die Lage Ostpreußens besser, als viele gebildete Deutsche. Die klugen Darlegungen Srokowski's sind bereits erwähnt.

Deutschland muß heute klar sehen über Ostpreußens wirtschaftliche Verhältnisse und es muß auf Grund der gewonnenen Erkenntnis handeln. In wenigen, nüchternen Worten muß es noch einmal gesagt werden:

Ostpreußen kann nur deutsch erhalten werden, wenn es seinen Bewohnern ausreichende Arbeitsgelegenheit und angemessene Lebensbedingungen bietet. Diese Voraussetzung ist heute nicht mehr in vollem Umfange gegeben. Gehen die Dinge so weiter wie bisher,

so wird die unumgängliche Voraussetzung der deutschen Zukunft Ostpreußens völlig verschwinden.

Was soll nun geschehen? Es ist keine Anklage gegen die verantwortlichen Stellen Deutschlands, wenn vorweg festgestellt wird, daß der Beruf unserer Zeit zur planmäßigen Hebung und Erhaltung eines gefährdeten Landesteils sehr gering ist. In einem außenpolitisch und wirtschaftlich bedrückten Staatswesen, das sich in einem allzuraschen Uebergang von einem absterbenden zu einem neuen Zeitalter befindet, sind schlechterdings die Voraussetzungen für ein planmäßiges Handeln nicht gegeben. Es geht über Menschenkraft, einen langfristigen, weitausschauenden Plan für einen Gebietsteil durchzuführen, wenn ständig neue, teilweise unvorhersehbare Lagen für den Gesamtstaat auftauchen und die soeben erst eingesetzten Kräfte lahmlegen. Und dennoch fordert die Zukunft des Reichs und des deutschen Volkstums, daß Ostpreußen planmäßig unterstützt wird. Dazu ist die Anerkennung der Sonderlage des abgeschnürten Ostpreußens die erste Voraussetzung. Es darf keine Berufung anderer Reichsteile auf die Hilfe, die Ostpreußen erhalten hat, künftig noch geben.

Die Kernfrage ist die Hebung der Landwirtschaft. Ihr kann auf die Dauer nur geholfen werden, wenn eine bescheidene Rentabilität der gesamten deutschen Landwirtschaft wieder hergestellt wird. Das ist eine gesamtdeutsche Angelegenheit, an der Ostpreußen teilhaben muß. Die dann noch verbleibenden, durch die besondere Lage Ostpreußens bedingten Unterschiede in den Erzeugungsbedingungen, müssen so ausgeglichen werden, daß die ost-

preußische Landwirtschaft ihre Arbeitgeber und -nehmer zu ernähren und wieder kaufkräftig zu machen in der Lage ist. Neben Frachtensenkung, Herabminderung der öffentlichen Lasten, namentlich der Schullasten, Unterstützung der Absatzorganisationen, Meliorationen, Belebung des Gütermarkts durch Siedlung, Aufforstung der zum Ackerbau ungeeigneten Böden, ist eine rasche und fühlbare Umwandlung der hochverzinslichen schwebenden Schulden in langfristigen, billigen Realkredit notwendig. Auf verschiedenen Gebieten ist mancherlei geschehen. Ostpreußen muß das dankbar anerkennen. Die Hilfe war aber bisher schleppend in der Durchführung und jeweils zu gering. Aus Mangel an Mitteln wurde bisher nicht allgemein, sondern in Einzelfällen geholfen. Es kommt in Ostpreußen nicht darauf an, daß dem einzelnen Betrieb in knappem Ausmaß geholfen oder daß Einzelpersonen oder einzelnen Klassen Zuwendungen gemacht werden, sondern eine allgemeine, jedermann fühlbare Hilfe ist notwendig. Nur durch billigen Kredit, durch rasche, zweckmäßig organisierte Hergabe an den letzten Empfänger und Uebernahme öffentlicher Lasten auf die Schultern der Allgemeinheit kann das Wirtschaftsleben Ostpreußens wieder in Gang gebracht werden. Daneben ist es durch Besserung der Verkehrsverhältnisse, Meliorationen und öffentliche Bauten zu unterstützen. Auf lange Sicht müssen planmäßig Mittel beschafft und verwendet werden. Vor allen Dingen aber ist es notwendig, daß die Summen für Ostpreußen nicht jedes Mal im Bedarfsfall auf dem Weg durch die parlamentarischen Kämpfe angefordert und flüssig gemacht werden. Im Rahmen der Haushaltspläne des

Reichs und des Staats müssen alljährlich feste Beiträge zur Verwendung in Ostpreußen bei allen Ressorts vorhanden sein, damit alljährlich auch mit bestimmten Mitteln gerechnet werden kann.

Zunächst ist die Möglichkeit einer Atempause zu schaffen. Diese Absicht soll das vor Pfingsten 1929 vom Reichstag verabschiedete Gesetz über die „Ostpreußenhilfe“ in Verbindung mit preußischen, gleichlaufenden Maßnahmen erfüllen. Es ist aber wiederum ein schwerer Schlag des Schicksals, daß die Finanzlage des Reichs und des Landes Preußen die Verwirklichung dieser Atempause nur sehr allmählich gestatten wird. Bis das Gesetz sich auswirkt, geht die Kurve weiter bergab. Jeder Monat, um den die Hilfe sich verzögert, kostet neue Mittel. Hier gilt die alte Sprichwortweisheit, daß doppelt gibt, wer schnell gibt.

III. Teil.

Die kulturelle Not Ostpreußens

Die Erwerbung Ostpreußens durch das deutsche Volk war — wie bereits im geschichtlichen Teil gezeigt worden ist — nicht nur ein politisches und wirtschaftliches Ereignis von weittragender Bedeutung, sondern auch eine kulturelle Tat ersten Ranges. Durch die Errichtung eines deutschen Staates östlich der Weichsel ist mit dem deutschen auch der abendländische Kulturkreis weit nach Osten vorgeschoben worden. Das Entstehen eines deutschen — römischkatholischen Staates im Mittelalter hat die weitere Entwicklung des nahen europäischen Ostens entscheidend beeinflusst. Daß heute die Küste der Ostsee bis nach Reval mit Estland und Lettland, daß Litauen und Polen zum westeuropäischen Kulturkreis gehören, ist vornehmlich eine geschichtliche Folge des Bestehens des Ordensstaates, von dem eine Ausstrahlung deutscher Kultur ausgegangen ist, die heute noch ihre Folgen zeigt. So wurde ein Vorland westeuropäischer Kultur geschaffen, das allen Stürmen und selbst der innerlich dem Deutschtum feindlichen Einstellung der betroffenen Völker getrotzt hat. Wenn Menschen diese Entwicklung heute leugnen, so reden die Steine der Kirchen und Burgen von dem deutschen Einfluß.

Wäre der Ordensstaat nur das vorübergehende Gebilde roher Eroberer gewesen, wie die polnische Literatur ihn darzustellen beliebt, so hätte er nicht Ausgangspunkt einer so machtvollen Kulturausstrahlung sein können. Die Einwanderer aus allen Gauen Deutschlands haben nicht nur ihre kriegerische und wirtschaftliche Ueberlegenheit in den Osten mitgebracht, sondern auch die in ihrer Heimat geschaffenen kulturellen Werte. Gepflegt vom Orden, hat die deutsche Kultur sehr bald Besitz von dem Neuland ergriffen. Daß Ostpreußen, wie das ganze Deutschland östlich der Elbe gegenüber dem übrigen Deutschland kulturell auf manchen Gebieten jünger und daher nicht so entwickelt ist wie die Urheimat seiner Bewohner, ist zuzugeben. Wenn man sich aber die Geschichte des Elends vor Augen hält, die Ostpreußen durchgemacht hat, wenn man sich vergegenwärtigt, wie dauernde Zerstörungen, Grenzkampf und Not sowie eine karge Natur die kulturelle Entwicklung eines Volkes beeinflussen müssen, dann wird man geneigt sein, den Abstand vom alten Deutschland zu begreifen.

So hat Ostpreußen von Beginn seines Bestehens an bis heute eine deutsche Kulturaufgabe gehabt, die ihm bleibt. Heute wenden sich die Blicke der Randstaatenbewohner, wenn sie westliche Kultur und Zivilisation kennenlernen wollen, zuerst nach Ostpreußen. Nach dem Eindruck, den Ostpreußen gibt, wird Deutschland zuerst und entscheidend beurteilt. Noch liegt ein Teil deutscher Stärke in der Anziehungskraft seiner alten Kultur auf die Völker des Ostens, die erhalten bleiben muß, wenn wir nicht schwere Einbuße erleiden wollen.

In Ostpreußen sind Bewohner nicht reindeutschen Blutes mit Sprachverwandtschaft zu den Nachbarn jenseits der Grenze. Sie leben aber seit fast 600 Jahren im Bann des Deutschtums, haben sich zwanglos eingelebt und erhielten durch das Bewußtsein der Zugehörigkeit zu Deutschland einen starken seelischen Auftrieb. Wenn in der Volksabstimmung von 1920 die Masuren geschlossen sich zum Deutschtum bekannten und bei jeder Wahl durch Abkehr von den polnischen Listen wieder bekennen, so beruht diese Haltung wesentlich auf dem Gefühl des Stolzes und der Ueberlegenheit über die Nachbarn, das den Masuren die Zugehörigkeit zu der höheren deutschen Kultur gegeben hat. Daraus folgt, daß besonders diesem Einwohnerteil Ostpreußens das Gefühl dieses Kulturstolzes erhalten bleiben muß.

So ist die Erhaltung und Fortentwicklung der deutschen Kultur für Ostpreußen und das ganze Deutschtum eine Lebensfrage. Aus dieser Erkenntnis ergibt sich die Notwendigkeit, das kulturelle Leben Ostpreußens mit allen Mitteln zu fördern.

Kultur und Wirtschaft sind an und für sich völlig verschiedene Dinge. Sie lassen sich aber nicht voneinander trennen, denn kulturelles Leben ist nur möglich auf einer gesunden wirtschaftlichen Grundlage. Besonders der Osten zeigt, daß Zeiten wirtschaftlichen Aufschwungs auch kulturelle Blütezeiten mit sich zu bringen pflegten. Leidet die Wirtschaft Not, so leiden Kunst und Wissenschaft mit. Andererseits geben in Zeiten der materiellen Not die überkommenen geistigen Werte eine Hilfe zu neuem Auftrieb.

Die materielle Not Ostpreußens berührt daher auch seine Kultureinrichtungen, während das Bedürfnis nach kulturellem Fortschritt stärker denn je ist. Aber wo die materiellen Mittel fehlen, muß langsam ein Stillstand eintreten, der bereits Rückschritt bedeutet, wenn die übrige Welt fortschreitet. Die Provinz, ihre Gemeinwesen und ihre kulturellen Vereinigungen sind nicht stark genug, aus eigener Kraft die großen Aufgaben zu lösen, obwohl sie gerne Opfer dafür bringen.

Ausgangspunkt des ostpreußischen Geisteslebens und Pflegestätte der Wissenschaften ist die 1544 von Herzog Albrecht gegründete und nach ihrem Stifter Albertusuniversität genannte Landeshochschule. Sie hat durch Immanuel Kant Weltruf erhalten. Die Albertina ist die Bildungs- und Erziehungsstätte für den ostpreußischen akademischen Nachwuchs aller Zweige in besonderem Umfange, weil die ostpreußischen Studierenden zu einem erheblichen Teil aus Mangel an Mitteln ihre sämtlichen Semester an ihr verbringen müssen. Sie ist aber auch als Forschungsstätte eine Anziehungskraft für die randstaatlichen Studierenden aller Fakultäten. Ueber die gewöhnlichen Aufgaben einer Universität hinaus hat sie die besondere Aufgabe, das gesamte geistige Leben der abgeschnürten Provinz dauernd zu beleben. „In ihrem gegenwärtigen Zustand genügt die Königsberger Universität den aus dem vorausgesagten herzuleitenden Forderungen keineswegs“ heißt es aber treffend in einer „Denkschrift zur Lage der Provinz Ostpreußen“ vom Jahre 1925.

Die geisteswissenschaftlichen Seminare und Institute sind mangelhaft mit Handwerkszeug für

Lehrer und Schüler ausgestattet. Die Staats- und Universitätsbibliothek weist trotz größerer Zuwendung durch Reich, Staat und Stiftungen in jüngster Zeit noch immer empfindliche Lücken auf.

Die naturwissenschaftlichen Institute sind zum Teil unwürdig untergebracht und entbehren der notwendigen Ausrüstung.

Auch die Einrichtungen der medizinischen Fakultät sind zum Teil veraltet. Manches ist in den letzten Jahren durch Neubauten einiger Kliniken und bessere Ausstattung der alten geschehen. Aber es bleibt noch viel zu tun übrig. Das anatomische Institut ist eine traurige Berühmtheit geworden. Daß der beantragte Neubau dieses völlig veralteten und unhygienisch eingerichteten Instituts kürzlich von der Mehrheit des Haushaltsausschusses des preußischen Landtages abgelehnt worden ist, bleibt eine der vielen Verständnislosigkeiten, die in Ostpreußen besonders schwer empfunden werden.

Neben den staatlichen Stellen bemüht sich der Königsberger Universitätsbund, durch freiwillig gespendete Mittel Wissenschaft und Forschung zu unterstützen, aber seine Quellen fließen spärlich in der armen Provinz.

Diese Zustände, die hier nur kurz angedeutet werden können, müssen auf die Dauer auch die Besetzung der Lehrstühle beeinflussen. Es muß immer schwerer werden, erste Kräfte nach Königsberg zu berufen und dort auch zu fesseln. Noch ist die alte Albertina auf der Höhe der Wissenschaft. Ihren Lehrern müssen aber auf die Dauer die Voraussetzungen geschaffen werden, unter denen sie forschen und lehren können.

Gelingt es nicht, diese Forderung zu erfüllen, so wird nicht nur der Nachwuchs der akademischen Berufe in Ostpreußen in seiner Ausbildung leiden, sondern der erfreuliche Zustrom von Studenten aus allen Gauen Deutschlands wird eines Tages versiegen. Je mehr deutsche Studierende aber in Königsberg weilen, desto inniger werden die Beziehungen zwischen den geistig führenden Schichten unseres Volks und Ostpreußen geknüpft und erhalten zum Besten Ostpreußens, unseres ganzen Volkes und seiner Kulturgeltung nach Osten. Der Fürsorge bedürftig ist auch die theologische Braunschweiger Akademie für das Bistum Frauenburg.

Was hier in wenigen Worten von der Wissenschaft gesagt ist, gilt in der Hauptsache auch von der Kunst. Die Königsberger Kunstakademie muß auf der Höhe erhalten und den bildenden ostpreußischen Künstlern muß das Schaffen ermöglicht werden. Ein in schwerem Grenzkampf stehendes Gebiet kann der Kunst nicht entbehren, die aus der Eigenart seiner Verhältnisse schöpfend bodenständige Werke schafft, die den stolzen Beweis deutscher Art in diesem Lande erbringen. Heute ist in Ostpreußen niemand mehr in der Lage, Kunst und Künstler materiell zu fördern, als der Staat. Die Gefahr der Abwanderung der besten Kräfte ist daher vorhanden.

Kunstgewerbe, Gewerkschulen, Musik und Theater, literarische Vereinigungen leiden ebenfalls Not. Reges Leben blüht, zahlreiche Vereinigungen bestehen heute noch, aber sie alle können aus eigener Kraft nicht mehr ihre hohen Aufgaben erfüllen. Ein weit von den Brennpunkten des kulturellen Lebens gelegenes, abgeschnürtes Land braucht auch reiche Museen und Pflege seiner eigenen, eigen-

artigen Schätze nötiger als andere, besser gelegene Gegenden. In ihm haben Denkmalspflege, Erhaltung der eigentümlichen Baukunstdenkmäler in Land und Stadt und Heimatforschung besonders wichtige, nationalpolitische Aufgaben. Auch auf diesem Gebiet fehlt es überall in Ostpreußen. In dem abgeschnürten, im lebendigen Verkehr mit den deutschen Kunststätten beschränkten Ostpreußen haben alle ideellen Einrichtungen einen besonderen, nicht hoch genug zu veranschlagenden Wert. Nicht zu vergessen ist dabei das Büchereiwesen.

Vor allen Dingen aber bedarf das Schulwesen aller Arten noch starker Förderung. Die Unterhaltung der höheren, mittleren und der fachlichen Schulen, die in der Hauptsache auf den Schultern der Selbstverwaltungskörperschaften ruht, übersteigt deren geschwächte Kräfte. Das gleiche gilt von dem Volksschul- und Fortbildungsschulwesen. Die Zahl der ländlichen Schulen ist noch zu gering, die Entfernungen innerhalb der Schulverbände vom Schulort sind vielfach noch zu groß, als daß sie den kleinen Kindern im ostpreußischen Winter zugemutet werden könnten. Jede neue Volksschule ist in Ostpreußen ein kultureller Gewinn für die betroffene Gegend. Nachdem Anfang 1929 die preußischen Minderheitsverordnungen den Polen die Möglichkeit eröffnet haben, eigene Schulen einzurichten, ist die Verbesserung des ostpreußischen Volksschulwesens auf dem Lande von ganz besonderer Bedeutung. Aus eigener Kraft kann die Provinz die neuen Aufgaben nicht erfüllen, sie kann nicht einmal mehr das Vorhandene erhalten. Zu jedem Programm für eine Förderung Ostpreußens gehört daher an besonderer Stelle eine stärkere Uebernahme der Schullasten

auf den Staat, denn dieser hat seinem Wesen nach die Aufgabe, seine aus dem Gesamtgebiet aufkommenden Mittel besonders in Zeiten finanzieller Knappheit so zu verteilen, daß die Kulturentwicklung wenig leistungsfähiger Landesteile nicht hinter der der wohlhabenderen zurückbleibt.

Zur Kultur eines Gebiets gehört auch die Pflege der Gesundheit und die Schaffung und Erhaltung sozialer Einrichtungen aller Art. In einem wirtschaftlich schwachen Gebiet sind hygienische, soziale und charitative Maßnahmen dringender als in Gegenden, die sich auf diesem Gebiet selbst helfen können. Deswegen müssen in Ostpreußen die bestehenden Mängel dieser Art durch die Hand des Staats unter Mitwirkung der örtlichen Gemeinwesen und der Kirchen rascher und besser behoben werden, als es bisher geschehen konnte.

Vor allen diesen Dingen ist jedoch für die Jugend zu sorgen. Die allgemeine Sportbewegung hat in Ostpreußen festen Fuß gefaßt. Man sieht die Jugend auf den gut hergerichteten Sportplätzen der Städte, aber auch auf dem Dorfanger des platten Landes sich tummeln. Aber überall scheidert eine ausgedehnte Jugendpflege hier am Fehlen der Mittel. Wenn irgendwo in Deutschland eine Ertüchtigung der Jugend von besonderer nationaler Bedeutung ist, dann ist es hier in dem abgeschnürten Ostpreußen, dessen Lage eines Tages die Notwendigkeit mit sich bringen kann, daß eine körperlich und geistig geschulte und gestählte Jugend den deutschen Bestand dieses Landes erhält!

So ist und bleibt die kulturelle Erhaltung Ostpreußens eine Schicksalsfrage für dieses abgetrennte Land und das gesamte deutsche Volkstum. Ostpreußens kulturelle Not ist eine offene Wunde am Körper des deutschen Volks!

IV. Teil

Die seelische Not

Wenn ein Volk vom Schicksal geschlagen, unter schwerer kultureller und wirtschaftlicher Not leidet, so kann auch die seelische Not nicht ausbleiben. Von der seelischen Stärke hängt aber die Wahrscheinlichkeit seiner Behauptung entscheidend ab. Wenn ein Volk sich selbst aufgibt, weil der Druck seiner Not allzuschwer auf ihm lastet, so kann ihm keine Macht der Welt zu neuer Blüte helfen. Sicherlich ist in hohem Maße das oft genannte Wort Walter Rathenau's, daß die Wirtschaft unser Schicksal sei, richtig. Inmitten der weltwirtschaftlichen Verflechtungen unserer Zeit kann kein Volk ohne gesunde Wirtschaft auf die Dauer gedeihen. Aber allein ausschlaggebend ist die Wirtschaft nicht, so hoch man ihre Bedeutung veranschlagen mag. Maßgebend bleiben auf die Dauer die unwägbaren, sittlichen Kräfte. Sie sind Anfang und Ende jeden Aufschwungs und Voraussetzung der Behauptung am Völkerringen.

Ostpreußens deutsche Zukunft hängt wesentlich ab von der Erhaltung seiner seelischen Kraft und seines eigenen Willens zur Selbstbehauptung. Sie sind heute noch in der ostpreußischen Bevölkerung vorhanden und lebendig. Die Geschichte hat die Ostpreußen von jeher durch eine harte Schule gehen lassen. Notzeiten sind dem Ostpreußen nichts Neues. Sein Charakter ist unter Schicksalsschlägen hart ge-

hämmert worden. Zerstörung und Wiederaufbau haben sich im Wechsel der Jahrhunderte regelmäßig wiederholt. Auch in neuester Zeit ist nach den Verheerungen von 1914/15 die Bevölkerung mit ungebrochener Kraft wieder an die Arbeit des Neuschaffens gegangen. 1920 haben große Teile der Provinz trotz der allgemeinen Niederlage und ihrer Folgen sich begeistert in den Volksabstimmungen zu dem verarmten und geschlagenen Deutschland — Preußen bekannt. Es hat stets wenig Sonne den Acker Ostpreußens gewärmt. Schicksale und naturgegebene Nachteile haben die Ostpreußen immer willig und ungebeugt ertragen, ohne daß ihre Kraft und ihr Wille erlahmten.

Heute aber droht die Gefahr der allmählichen Zermürbung des zähen ostpreußischen Willens, denn gegenüber der Vergangenheit haben sich die Verhältnisse der Gegenwart grundlegend gewandelt. Die enge Verflechtung der wirtschaftlichen Beziehungen in der Neuzeit hat auch die ostpreußische Wirtschaft von Faktoren abhängig gemacht, die zu meistern den Ostpreußen selbst nicht mehr gegeben ist. In früheren Zeiten waren Notstände örtlich verursacht und begrenzt. In langsamer Arbeit und Hungerszeit konnten sie mit Aussicht auf Erfolg aus dem Lande heraus aus eigener Kraft überwunden werden. Heute hängt das Schicksal des ostpreußischen Bauern ab von ihm unfaßbaren Mächten, die an den Börsen von Berlin und Rotterdam ihm den Preis seines Roggens und damit den Erfolg seines Schaffens vorschreiben. Er fühlt dunkel, daß ein in der Welt ohnmächtiges Deutschland ihn vor Schäden nicht mehr zu schützen vermag. Vor allen Dingen aber hat der Geist unserer Zeit sich gewandelt. Der Ostpreuße wurzelte besonders in einem festen

seelischen Boden. Seine Weltanschauung war ein einfacher und starker Glaube an die göttliche und weltliche Autorität, an beider ausgleichende Gerechtigkeit und Weisheit. Jetzt leben wir in einem Zeitalter der Umwertung aller ethischen Begriffe. Man mag das je nach seiner Weltanschauung bedauern oder sich dessen freuen, die Tatsache steht fest und sie macht die Menschen unserer Tage zum Spielball der weltanschaulichen Kämpfe. Mit Recht nennt man unsere Zeit ein materialistisches Zeitalter, in dem Sinnen und Trachten des Menschen weit stärker als früher auf materielle Belange gerichtet sind. Das Gegengewicht gegen die materialistische Einstellung, das die Vergangenheit im Glauben besaß, ist leichter und weniger wirksam geworden. Deshalb muß in schwerer, materieller Notzeit heute auch eine schwere seelische Krise entstehen, eine tiefe seelische Not Ostpreußens, die an der innern Widerstandskraft der Bevölkerung nagt.

Wenn jenseits der Grenze bei diesen Zuständen auf ein allmähliches Reifwerden Ostpreußens zum selbstgewollten Anschluß an Polen spekuliert wird, so ist diese Rechnung falsch. Es gibt niemand in Ostpreußen, zu welcher Klasse oder welcher Schicht er gehören möge, der einen Anschluß an Polen für eine erträgliche Lösung der ostpreußischen Frage hält oder der sich entschließen könnte, sein deutsches Volkstum zu verleugnen. Die seelische Not kann aber zu einer allmählichen Zermürbung des Willens zur Selbsthilfe und zur Anspannung der eigenen, äußersten Kraft führen und damit die Grundlagen für den Wiederaufbau Ostpreußens empfindlich beeinträchtigen. Deswegen müssen die Ursachen der seelischen Not bekämpft und entfernt werden. Sie liegen in der augenblicklichen Aussichtslosigkeit alles Arbeitens und Schaffens auf wirtschaftlichem

und kulturellem Gebiet und in dem Gefühl des Abgetrenntseins und damit der Verlassenheit.

Die Aussichtslosigkeit des Schaffens kann durch sachgemäße und weitsichtige Hilfe des Reichs und des Staats allmählich behoben werden. Die Anfänge dazu sind gemacht worden. Sie werden auch dazu beitragen, die gefühlsmäßige Lage zu bessern.

Anders steht es mit dem Gefühl des Verlassen-seins. Nur wer vom Reich getrennt durch den sogenannten Korridor in Ostpreußen selbst lebt und an der Heimat hängt, kann dieses Gefühl voll begreifen. Unbewußt wird es von jenseits des Korridors von vielen Deutschen immer wieder genährt. In Wort und Schrift tritt dem Ostpreußen aus durchaus wohlwollend gemachten Bemerkungen und aus kleinen Einzelheiten immer wieder die falsche und auf Unkenntnis der Verhältnisse beruhende Anschauung von der Lage Ostpreußens vor Augen. Auch in Aeüßerungen des Mitgeföhls liegt oft der Zweifel am endgültigen Erfolg des ostpreußischen Widerstandswillens. Es offenbart sich immer wieder, daß weite Kreise des deutschen Volkes viel zu wenig Interesse für Ostpreußen bisher aufgebracht haben. Tischreden und Leitartikel, die von der unlöslichen Verbundenheit Ostpreußens mit dem Reiche sprechen, sind vorübergehende Sympathiekundgebungen, welche die ostpreußische Seele auf die Dauer nicht wärmen können.

Immer wieder muß betont werden: Noch hat das deutsche Volk Ostpreußens Bedeutung für das deutsche Volkstum, für den Bestand des Reichs und seine Zukunft weder richtig begriffen, noch gewürdigt. Ostpreußens Erhaltung und Stärkung muß ein Ziel allgemeinen, deutschen Volkswillens in Nord, in Süd und West des Vaterlandes werden, eines Willens, der auch Opfer nicht scheut. Jede

wirkliche Tat ist neben der materiellen auch eine moralische Hilfe. Nach dem Russeneinfall von 1914/15 haben die Patenschaften deutscher Länder, Provinzen und Städte in Ostpreußen den Mut zum Wiederaufbau wesentlich gestärkt. Als um Ostern 1929 der Regierungspräsident Elfgen in Köln mit klugen und warmherzigen Worten zur Hilfe für Ostpreußen die Sparkassen des Westens aufrief, ist diese Tat von einer besonderen moralischen Bedeutung für Ostpreußen gewesen, welche die praktische Auswirkung weit übertrifft. Auf solche Beispiele kommt es an.

Das deutsche Volk muß die seelische Not Ostpreußens in ganz anderer Weise begreifen und würdigen, als es bisher geschehen ist. Hilfe für Ostpreußen muß nicht allein materielle Hilfe, sondern auch seelische sein.

Diese Mahnungen klingen ernst und sind ernst gemeint, aber sie sind kein Zeichen der Hoffnungslosigkeit. Sie werden ausgesprochen in der festen Erwartung, daß allmählich Ostpreußens Schicksal deutsche Volkssache werden wird. Geht diese Hoffnung in Erfüllung, dann wird auch die seelische Not Ostpreußens, gestärkt vom Gesamtwillen des deutschen Volkes, von den starken Kräften des ostpreußischen Selbsterhaltungs- und Selbsthilfewillens überwunden werden. Dann werden die Schicksalsschläge der Gegenwart den ostpreußischen Charakter nicht erschüttern, sondern zu Stahl schmieden. Es ist heute aber dringend notwendig, zu den Deutschen auch von der seelischen Not Ostpreußens zu sprechen, damit sie begreifen, daß auf diesem Gebiet jeder helfen kann, der Beziehungen zu Ostpreußen hat oder suchen will.



Die Gesellschaft der Berliner Freunde
der

DEUTSCHEN AKADEMIE

(Geschäftsstelle: Berlin C, Schloß, Apothekenflügel)

gibt heraus

Berlinische Forschungen

Erschienen:

Band I

**Drei märkische Weihnachtspiele des
16. Jahrhundert** von Johannes Bolte

Band II

Berlinisch von Agathe Lasch
(Verlag Reimar Hobbing)

Es erscheint demnächst:

Band III

Kirchengeschichte Berlins
von W. Wendland
(Verlag de Gruyter & Co.)

Mitglieder haben Vorzugspreis

